

Märkisches Tageblatt



General-Anzeiger für Witten und Umgegend.

Abonnementspreis (incl. der Gratsbeilage „Märkisches Heim“): 1,80 Mark vierteljährlich, monatlich 60 Pfg. bei Bestellung durch die Boten. Bei Abnahme auf der Post incl. Bestellgeld 2,20 M.

Zur Lage.

Eine große Unflugheit kann es nur genannt werden, wenn heute, wo alle Welt mit der Ernte schon hinreichend Sorgen hat, nun noch versucht wird, politische Beunruhigungen zu stiften, und das wird augenblicklich einmal wieder mit großem Eifer befohlen. Die kleinen Rentiers und solche Leute, welche sich ihre Sparpfennige in irgend welchen Papieren angelegt haben, sehen mit Erstaunen, wie unvorsichtig die Papiere fallen und dadurch ihr thatsächlicher Vermögensbestand vermindert wird. Man versteht das nicht und begreift das nicht, und in der That ist es auch schwer zu verstehen und zu begreifen, wie heute immer wieder auf dem internationalen Geldmarkt und damit zugleich im Geschäftsleben eine politische Beunruhigung Platz greifen kann. Es sind doch Menschen und keine Strohhälme, die jedem Windhauch nachgeben, welche hier in Betracht kommen, Menschen mit gesundem Verstand und ruhiger Ueberlegung; aber trotzdem sind selbst solche großen und angesehenen Börsen, wie die Berliner, jedem dummen Klatsch zugänglich. Wenn so etwas in Paris oder in Wien geschähe, so brauchte man sich nicht weiter zu wundern; an den dortigen Börsen herrscht seit langen Jahren eine kaum glaubliche Spielwuth, und Spieler finden klarer Gedanken nur zu häufig nicht mehr fähig. Berlin indessen hat sich doch immer noch einen gewissen Ruf der Reellität gewahrt, und man kann Angesichts des jetzt zu Tage tretenden Wandelstuhles nur annehmen, daß brav im Trüben gefischt wird. Darunter leidet aber das ganze wirtschaftliche und geschäftliche Leben, darunter leidet auch der Reichs- und Staatscredit. Was ist das für eine klägliche Sache, wenn der leitende deutsche Geldmarkt nicht einmal ein so festes Rückgrat hat, daß er zu allerlei Klatsch gleichgiltig die Achseln zucken kann, und was soll erst werden, wenn nun wirklich bedenkliche Dinge verlaublich! Das Publikum, welches schließlich doch immer wieder eindringlich eingeladen wird, sein Geld für Wertpapiere aller Art herauszurücken, wird Tag für Tag vor den Kopf gestoßen, und es kann diejenigen, welche diese Mäthchen machen, durchaus nicht überreden, wenn einmal die Lockseife kein Gehör mehr findet und sie, wie Karpen außer Wasser nach ihrem Element, nach Geld schnappen, das sich nicht finden will. Die kleinen deutschen Kapitalisten haben in den letzten Jahren Millionen an fremden, unjüdischen Papieren verloren. Man soll nur ja nicht damit anfangen, nun auch noch bei unseren deutschen Werthen Aderlässe vorzunehmen, sonst kann die Sache einmal gründlich schief gehen.

Als vor etwa sechs Wochen der Deutsche Kaiser von Hamburg nach Helgoland fuhr, sagte er auf dem Schiffe zu dem aufwartenden Direktor der Hamburger Dampfergesellschaft, der Friede könne heute auf Jahre hinaus als gesichert gelten. Dieselbe Versicherung findet sich in der Kaiserrede in der Londoner City, und im selben Sinne haben sich, wie hier gleich bemerkt sein mag, der italienische Ministerpräsident und seine Kollegen in London und Pest, Marquis Salisburi und Graf Szapary, ausgesprochen. Sagen der Kaiser und solche Männer Etwas leichtsin, ohne Grund für die Möglichkeit solcher Ausführungen zu haben? Ganz gewiß nicht, sie stellen im Gegentheil, den Geboten der Vorsicht folgend, die Lage noch nicht einmal ganz so günstig dar, wie sie ist! Und was ist in den sechs Wochen geschehen, wodurch die Welt sich beunruhigt fühlen konnte? Kaiser Alexander von Rußland hat den Klängen der Marcellaise gelaußt, und Franzosen und Russen haben sich gegenseitig verbrüdet und betrunken gemacht. Das sind die Thatfachen. Wer will denn aber glauben, daß dieser ganze Horenabbath den europäischen Fürsten und Staatsmännern überraschend gekommen sei? Jeder Mensch, der die Franzosen und der die Russen kennt, hat gewußt, daß sie scharf ins Zeug gehen würden. Das liegt nun einmal im Nationalcharakter der Völker. Man konnte sogar noch viel mehr erwarten, denn daß die russischen Panlawisten begünstigte Chauvinismus und das mächtig gesteigerte Selbstgefühl der Franzosen bildet. Es liegt uns fern, diese Gefahr zu unterschätzen, doch wird einem Gedenken des deutschen Wirtschaftslbens etwa damit gedient, daß fortwährend der Teufel an die Wand gemalt wird? Doch ganz gewiß nicht! Auf diese Gefahr sind wir, das ist zu wiederholen und besonders zu beachten, seit Jahren durch unsere Friedensrüstung, durch den Abschluß des Dreibundes vorbereitet. Einst wird kommen der Tag, an welchem über Europa ein Kriegsgewitter sonder Gleichen losbricht, aber wer will den Tag bestimmen? Ein winziges Steinchen, ins Rollen gebracht, kann diesen Krieg herbeiführen, ein einziges Steinchen, ins Rollen gebracht, kann aber auch andere Dinge schaffen. Darauf sind wir vorbereitet und das müssen wir ertragen. Aber bis es so weit ist, sollte doch nicht die Lebenskraft der Völker durch fortwährende Angst und Unruhe gestört werden; schlimmer noch als der Krieg selbst ist die Furcht vor dem Krieg, den wir schon bestehen werden.

Bundschau.

* Eines der bedeutendsten süddeutschen Blätter, der in Stuttgart erscheinende Schwäbische Merkur, veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Verfälschungen“ einen Artikel, welcher beweist, wie tief noch immer auch in Süddeutschland das Vertrauen in des Fürsten Bismarck unvergleichlichen Scharfblick auf dem Gebiet der auswärtigen Politik fortlebt. Es heißt da:

„Als durch Mittheilungen, deren Verlässlichkeit von keiner Seite bestritten worden ist, bekannt wurde, daß Bismarcks Sturz im letzten Grunde (richtiger, daß der erste Anstoß zu den Meinungsverschiedenheiten) auf den Widerspruch zurückzuführen sei, den der damalige Reichskanzler der zweiten Kaiserreise nach Rußland entgegensetzte, da ließ sich noch nicht abschätzen, wie scharf das Alerandra des großen Staatsmannes alle Konsequenzen jenes falschen politischen Schrittes vorausgesehen hatte. Bismarcks Warnung war gewesen, das hochmuthige Russenthum nicht zu verdrängen und dadurch den slavischen Größenwahn nicht wieder wach zu rufen. Der Erfolg zeigte, wie richtig der Fürst geurtheilt hatte. Die Aufnahme entbrach den Erwartungen nicht. Die Truppeninschau war eine nichtssagende Parade und verstimmt und unbefriedigt kehrten die deutschen Herrschaften nach Berlin zurück. Ein feierlicher Empfang in England sollte nun die Scharte wieder auswaschen. England, das seinen Vortheil versteht, verurtheilt nicht, die deutschen Gäste mit überhöhtem Jubel, mit nie dagewesener Pracht zu empfangen. Vertieft man doch so den Gegensatz zwischen Berlin und Petersburg und gewinnt eine Deutung gegen den Moskowiter, der Englands verhasster Rivale ist. Die Antwort auf diesen demonstrativen Empfang, der in Deutschland recht wohl beurtheilt wurde, blieb nicht aus. Die französische Flotte erschien in Kronstadt und bewies, daß ein Zusammenstoßen zwischen Rußland und Frankreich gegen die deutsche Flotte eine strategische Möglichkeit sei. Der Kaiser hörte lebend die Marcellaise an, Brudertüfte wurden ausgetauscht, anmäßliche Neben in Menge gehalten. Die Ueberzeugung, daß dem Gegner gewichen, vielleicht überlegen zu sein, wird der diplomatischen Aktion beider Staaten ein Selbstgefühl verliehen, das die Mutter schwerer Thaten werden kann. Möchte die Probe, wie richtig Bismarck auch in diesem Falle die Zukunft abschätzte, uns für die Zukunft lehren, es mit dem Rathe des Mannes nicht leicht zu nehmen, der im Deute das Morgen wandeln sieht, auch wenn dieser Rath zum tiefen Schmerz der Nation nur indirekt ertheilt werden kann!“

* Die durch die Veröffentlichungen Crispis stark kompromittirte französische Politik in ihren Beziehungen zum Vatikan wird in einem Berliner Briefe der Münchener „Allg. Ztg.“ wie folgt charakterisirt: „Die von Cardinal Lavignerie in Frankreich, von einigen französischen Bischöfen und vom Cardinal Rampolla in Rom geleitete Bewegung droht, den Charakter des Papstthums völlig zu verändern. Gelangt diese Richtung zum Siege, so tritt an die Stelle des alle Katholiken mit gleicher Unparteilichkeit und Liebe umfassenden Papstes eine Parteiregierung, welche die Curie aus ihrer universellen Stellung in die einer politischen Macht drängt, welche sich bestimmten nationalen und politischen Zielen verbindet und dienstbar macht. In jenen von Rampolla geführten Kreisen glaubt man an die Herstellung der weltlichen Herrschaft und rechnet dabei auf die Unterstützung Frankreichs. Die Bethlehems-Frage, das krasse und fastlose Verhalten Rußland gegenüber, die Rückberufung der italienischen Kapuziner aus Tunis sind die jüngsten Symptome dieser Richtung, und die Gefahr liegt nahe, daß damit eine abschüssige Bahn betreten worden ist. Nun wird kein erster Politiker meinen, daß Frankreich wirklich auf eine Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstthums hinarbeite; aber mit großem Geschick haben die französischen Diplomaten die Aussicht auf Verwirklichung dieses Traumes immer offen gehalten und die französische Partei am päpstlichen Hofe so sehr verführt, daß bei einem künftigen Conclave, wenn auch nicht ein französischer Papst, so doch ein französisch gesinnter Oberhaupt der katholischen Kirche die Majorität erhalten dürfte. Schon jetzt geht die päpstliche Politik

in allen großen europäischen Fragen vor, als ob Deutschland, das doch zu einem Drittel aus Katholiken besteht, ein feindseliges Gebilde wäre. — Es mag bei diesem Anlaß hervorgehoben werden, daß in Rom immer zwei französische Bischöfe anwesend sind, die eifrig auf Förderung französischer Interessen hinarbeiten. Unser hoher Clerus ist dagegen fast niemals mehr als vorübergehend vertreten, so daß es kaum noch Wunder nehmen kann, wenn man im Vatikan kein Ohr für deutsche Interessen hat, zumal der französische hohe Clerus vor allen Dingen französisch-national denkt und handelt. — Der den vatikanischen Kreisen nahestehende „Observatore Romano“ hatte bekanntlich den Gehilfen der französisch gesinnten Partei am päpstlichen Hofe Kund gegeben in einer Reihe von Artikeln, welche im Sinne der französischen Revanchepolitik gegen den Dreibund gerichtet waren. Der Centrumsführer von Schorlemer-Nisi hat zwar, wie gestern mitgeteilt, erklärt, daß die Katholiken Deutschlands jedes Wort jener Artikel ablehnten und der Papst diesen Freßgäuerungen völlig fernstehe. Daß solche Darlegungen trotz Papst Leo's in vatikanischen Blättern erscheinen konnten, beweist nur, daß die dreibundfeindliche Partei im Vatikan übermächtig ist.

* Ein dänisches Regierungsorgan bringt einen Alarm-Artikel über die „Deutschen auf Bornholm“. Es handelt sich hierbei um Folgendes: Vor einigen Jahren machte ein Deutscher, Namens Martens, den Vorschlag, einen Hafen bei Helsingør, einem Granitstein auf der dänischen Insel Bornholm, anzulegen. Er konnte den Plan indessen nicht durchführen, und die Sache wurde von dem Herrn v. Ohlendorff in Hamburg übernommen. Dieser kaufte den Grund und Boden an, es wurde ein Granitbruch angelegt und später eine Aktien-Gesellschaft mit einem Kapital von etwa einer Million Mark gebildet. Ein großer Theil dieses Geldes sollte zur Hafenanlage verwendet werden. Obgleich die Gesellschaft eine dänische Verwaltung hat, treten die Kopenhagener Zeitungen doch auf das Schärfste gegen das Projekt auf und erblicken in der Festsetzung der Deutschen auf Bornholm eine Gefahr für den dänischen Staat. Es handelt sich offenbar wieder um eine jener Heterociden der guten Freunde im Norden und Westen.

* Parnell, der ungekrönte König von Irland, büßt immer mehr von seinem Ansehen in der irischen Partei ein; seine Stellung wird bedenklich unsicher. Dieser Tage haben die aus dem Gefängnis entlassenen Deputirten Dillon und O'Brien auch öffentlich ihre Stellungnahme gegen Parnell erklärt. Beide hielten am Sonnabend Anreden an eine Volksversammlung in Malrow und setzten ihre Gründe auseinander, warum sie Parnell abtrünnig geworden seien. Dillon erklärte, Parnells Politik sei, den Führer der Liberalen, Gladstone, — der ja doch ein Vorkämpfer der irischen Selbstständigkeitsbestrebungen ist — zu verdrängen und die liberale Partei zu zertrümmern. Parnell unterstütze die Torypartei; wenn aber die Tories (Konserwativen) bei den nächsten Wahlen siegten, würde die Zwangsherrschaft in Irland weitere acht Jahre dauern; nur von Gladstone könne Irland Erlösung hoffen. Man nimmt an, daß Dillon bald der Nachfolger Parnells in der Führerschaft sein werde.

Deutsches Reich.

* Berlin, 12. August. Ueber die Ernteaussichten bringt der Staatsanzeiger folgende Mittheilung: Das königliche statistische Bureau hat wegen im Auftrage des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Ergebnisse der von den landwirtschaftlichen Vereinen Ende Juli 1891 freigelegten bewässerten Erntemittel der Ernte-Aussichten der wichtigsten Feldfrüchte angebauten Früchte in Preußen in Prozenten einer Mittelernte zusammengestellt. Hiernach werden für den gesamten Staat im Durchschnitt an Winterweizen 91 pCt. einer Mittelernte, welche für das Heftar auf 1569 Kgr. angenommen wird, erwartet; an Winterroggen 82 pCt., einer Mittelernte, welche auf 1313 Kgr. für das Heftar angenommen wird; an Hafer 104 pCt. einer Mittelernte, welche auf 1383 Kgr. für das Heftar angenommen wird; an Gerste 101 pCt. einer Mittelernte, welche auf 1147 Kgr. für das Heftar angenommen wird; an Kartoffeln 95 pCt. einer Mittelernte, welche auf 10373 Kgr. für das Heftar angenommen wird; an Wintertraps und -Rüben 74 pCt. einer Mittelernte, welche auf 1135 Kgr. für das Heftar angenommen wird; an Hopfen 90 pCt. einer Mittelernte, welche auf 492 Kgr. für das Heftar angenommen wird; an Ackerbohnen 90 pCt. einer Mittelernte, welche auf 2864 Kgr. für das Heftar angenommen wird. Quantitativ ist demnach die für das laufende Jahr zu erwartende Kartoffelernte auf eben dasjenige Procentmaß zu veranschlagen, welches sich aus der Zusammenstellung des statistischen Bureau's über die Ernteaussichten Ende Juli 1890 ergeben hatte. Dem Glauben, daß die Kartoffelernte in diesem Jahre qualitativ hinter der vorjährigen zurückgehen würde, steht zur Zeit jede Begründung. Es liegt deshalb um so weniger ein Grund vor, eine Maßregel wie die Einführung eines Ausgangszolls in Er-

wägung zu ziehen, als dieselbe bei der Obergrenzfähigkeit des Exports von Kartoffeln aus Deutschland im Verhältnis zu der inländischen Produktion eine erhebliche Wirkung einer eintretenden Theuerung gegenüber nicht haben könnte.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ weist gegenüber der Erregung, welche in Folge des russischen Getreide-Ausfuhrverbotes an der Börse Platz gegriffen, auf die Thatfache hin, daß der Ueberschuß Rußlands an der Versorgung des Weltmarktes während der letzten zwanzig Jahre außerordentlich schwankend war und daß Dank des entwickelten Verkehrslebens der jeweiligen Ausfall der russischen Getreideproduktion von anderen Produktionsländern gedeckt worden sei. Im gegenwärtigen Moment seien die Vereinigten Staaten bereit, Rußland voll zu ersetzen. In Rußland liege überdies Indien, Rumänien, Oesterreich-Ungarn und andere Exportländer. Die russische Maßregel trifft Deutschland sogar gegenwärtig in einem günstigen Zeitpunkt, da die neue Ernte theilweise eingeheimt ist oder unmittelbar vor der Thire steht. Es fragt sich überhaupt, wie lange Rußland in der Lage sein wird, das Ausfuhrverbot aufrecht zu erhalten. Die durch das Verbot offiziell anerkannte Verminderung der Exportfähigkeit Rußlands beziehungsweise die durch das Verbot bewirkte Verminderung des Exports müssen sich notwendigerweise in dem Kubelfuhrer fühlbar machen, welcher sich trotz aller „Interventionskäufe“ auf seiner gegenwärtigen Höhe nicht wird halten lassen; ergeben sich hieraus finanzielle Opfer für die russische Regierung, so kommt hinzu, daß die ohnedies in einer Nothlage befindliche russische Landwirtschaft durch das Ausfuhrverbot verhindert wird, ihre Produkte in der nupbringendsten Weise zu verwerten. Es liegen also genügend Momente vor, um die Zweifelhaftheit der getroffenen Maßregel den leitenden Kreisen Rußlands vor die Augen zu bringen.

Wie die hauptstädtische russische Presse über das Ausfuhrverbot urtheilt, erfährt man aus folgendem Petersburger Telegramm der „Allg. Ztg.“: Das Ausfuhrverbot für Roggen führen allerdings einzelne Heftungsblätter auf den „inneren Nothstand“ zurück und fügen hinzu, das Verbot habe keinerlei politischen Belag. Andere russische Blätter schloßen aber einen hochmuthigen Ton an und stellen fest, daß ein Ausfuhrverbot seit dem Krim-Kriege nicht mehr vorgekommen ist; sie freuen sich, daß diese Maßregel gerade Deutschland und Oesterreich schwer trafe, während sie für das weizenverbrauchende Frankreich und England ohne Bedeutung sei. In Wirklichkeit verlautete vor wenigen Wochen erst von amtlicher Seite, durch besondere Kommissionen sei festgestellt, daß vollkommene Roggenvorräthe vorhanden wären, um jede außergewöhnliche Maßregel unnötig zu machen. Seitdem waren allerdings die Franzosen hier. Es soll auch in Wirklichkeit keineswegs mit der Ernte und den Roggenvorräthen so schlecht stehen, um das Verbot zu rechtfertigen. Es ähnelt deshalb einer Böswilligkeit. In einzelnen Gouvernements wird der Nothstand tieflich übertrieben gechildert. So forderte das Gouvernment Nischnei-Novgorod vom Staate 4 Millionen Unterstützung und begnügte sich schließlich mit 8 Millionen. Jetzt verlangt Samara die gleiche Summe zur bloßen Ausstattung und Kasan 5 Millionen. Auch dort soll es lange nicht so schlimm stehen, wie es gemacht wird.

— Wie aus verschiedenen Provinzen berichtet wird, finden dieselbst gegenwärtig in einzelnen Kreisen Konferenzen zwischen Regierungskommissaren, Landräthen, Kreis- und Schulinspektoren, Bürgermeistern sowie Lehrern statt, in welchen die Frage erörtert wird, wie hoch die Einkommensbezüge der Lehrer und Lehrerinnen zu bemessen sind, um den Lehrpersonen einen auskömmlichen und honorigen Unterhalt zu gewähren. Diese Konferenzen sollen die Grundlängen ergeben, von denen die Kultusminister angeordneten Beratungen der Oberpräsidenten mit den Regierungen der einzelnen Provinzen über die Neugestaltung der Lehrerbildung solangen ausgehen werden. In den letzteren sollen auch Mitglieder des Provinzialschulraths sowie besonders erfahrene Landräthe zugezogen werden.

— Eine Eisenbahn-Karawane, welche vom Viktoriasee in Bagamoyo in Deutsch-Ostafrika angekommen ist, hat auf dem Wege dorthin mit den Eingeborenen verschiedene Zusammenstöße zu bestehen gehabt; leitend Emin Pascha hier maßig, ist bekanntlich seit ein Jahr vertrieben und es ist ja möglich, daß einzelne Eingeborenen-Häuptlinge in dieser Zeit recht üppig geworden sind. Im nächsten Monat bricht indessen die große Dampfer-Karawane des Major von Wissmann nach dem See auf und drei Kompanien unserer Schutztruppe begleiten dieselbe. Diese braunen Soldaten werden mehr als genügend sein, dem herumstreifenden Gefeind zu setzen, wer Herr in jenen Gebieten ist. Um nennenswerthe Gegner kann es sich hier überhaupt nicht handeln, denn sonst wäre man längst energisch gegen die Eingekirrt.

— Behufs anderweitiger Regelung der Universitätsferien hat das Kultusministerium den Reichsrath und Senaten der Universitäten Vorschläge zur Neuordnung unterbreitet, damit sie sich gutachtlich darüber äußern. Diese Vorschläge gehen nach der „N. Br. Z.“ dahin; die Osterferien vom 1. März bis zum Osterdienstag, jedoch mindestens bis zum 31. März; die Pfingstferien von Samstag vor Pfingsten bis Mittwoch nach Pfingsten; die Herbstferien vom 1. August bis zum 30. September und die Weihnachtsferien vom 23. Dezember bis zum 3. Januar dauern zu lassen.

— Für die Festelegung des erbischoflichen Stuhles von Bosen hat nach einer künftigen Meldung der „Frankf. Ztg.“ die Kurie eine neue Vorschlagsliste Breußens abgelehnt, weil dieselbe nur deutsche Kandidaten enthielt und der Papst bei dem Entschlusse verharre, keinen Erzbischof für Bosen zu ernennen, der nicht der Sympathien der Bevölkerung sicher wäre.

— In den deutschen Münzkassen sind im Juli gerührt worden: 84,740 M. Doppelkronen und 630,590 M. Kronen. Die Gesamtumschlagung bis Ende Juli beträgt 2,029,405,980 M. Doppelkronen, 506,682,790 M. Kronen, 27,969,925 M. halbe Kronen. Wieder eingegangen sind hieron 1,151,640 M. Doppelkronen, 1,698,500 M. Kronen, 10,010 M. halbe Kronen, bleiben 2,561,197,645 Mark.

— Spandau, 12. August. Auf der königlichen Pulverfabrik soll wieder eine größere Uebersetzung erfolgen, jedoch noch weitere Annahmen von Arbeitern stattfinden. Hierbei erhalten die von der königl. Gewerkschaft den Vorschlag.
